NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 02.03.2026 | Ralf Melzer & Merin Abbass & Friederike Stolleis & Almut Wieland-Karimi & Astrid Becker

Im Sog der Eskalation

Krieg gegen den Iran – und der Nahe Osten am Abgrund. Wie gehen die Menschen damit um? Wir berichten aus der Region.

Israel

Die große Mehrheit der israelischen Bevölkerung befürwortet den Krieg gegen den Iran und sieht darin eine berechtigte Reaktion auf die andauernde, als existenziell empfundene Bedrohung, sowohl durch das iranische Regime selbst als auch durch seine *Proxies* in der Region. Oppositionsführer Yair Lapid stellte sich ausdrücklich hinter die Regierung, und auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Die Demokraten, Yair Golan, erklärte, die iranische Gefahr müsse beseitigt werden. Israelische Sicherheitsexperten hatten schon seit Längerem darauf hingewiesen, dass der Erfolg des Zwölf-Tage-Krieges im Juni 2025 keineswegs so durchschlagend war, wie von Premierminister Benjamin Netanjahu und US-Präsident Donald Trump behauptet. Auf diesen Umstand verwies nach Beginn der aktuellen Kampfhandlungen auch die sozialdemokratische Knesset-Abgeordnete Naama Lazimi.

Die israelischen Kriegsziele sind recht klar definiert: Regimewechsel in Teheran, Auflösung der sogenannten „Achse des Widerstands“ (die im Wesentlichen aus dem Iran, der Hisbollah im Libanon, den Huthis im Jemen und der Hamas besteht) sowie ein Ende der Gefahr, die sich für Israel aus den iranischen Raketenprogrammen und der Urananreicherung ergibt. Man hofft, dass der Sturz der theokratischen Diktatur in Teheran zu einem Paradigmenwechsel im Nahen Osten führt und dass die iranische Bevölkerung eine Chance auf Freiheit und Demokratie erhält. Die bisherigen Reaktionen der vom Iran angegriffenen Golfstaaten bestätigen dabei die eigene Wahrnehmung des Krieges. Das iranische Regime hat sich mit diesen Angriffen ganz offensichtlich militärisch und politisch verkalkuliert.

In Israel sind die Auswirkungen des Krieges massiv: Seit Beginn der Kampfhandlungen musste die Zivilbevölkerung landesweit unzählige Male die Schutzräume aufsuchen. Nicht abgefangene Raketen schlugen

in Gebäude in Tel Aviv und Beit Shemesh ein, mit zivilen Todesopfern und zahlreichen Verletzten. Das öffentliche Leben ist weitgehend heruntergefahren. Bis auf Weiteres sind Versammlungen verboten und Bildungseinrichtungen geschlossen. Nicht systemrelevante Arbeitsplätze sollen nicht aufgesucht werden, und schätzungsweise 150 000 bis 170 000 Israelis sind aufgrund des geschlossenen Luftraums im Ausland gestrandet.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen und der Vorwahlkampf in Israel werden aktuell vom Kriegsgeschehen völlig überlagert. Wenn die israelischen Kriegsziele schnell erreicht werden sollten, dürfte davon in erster Linie Premierminister Netanjahu profitieren. In diesem Fall wird damit gerechnet, dass die Parlamentswahlen möglicherweise bereits Ende Juni 2026 stattfinden könnten.

Ralf Melzer, FES Israel

Libanon

Der Krieg gegen den Iran wurde erwartet, dennoch sind die Libanesinnen und Libanesen über sein Ausmaß sowie über das Chaos, das dieser Konflikt in kürzester Zeit in der Region verursacht hat, tief schockiert. Die drängendste Frage in Beirut lautete: Wie würde die Hisbollah reagieren? Würde sie in den Krieg eintreten – und wenn ja, wie würde Israel darauf reagieren? Viele Menschen blicken besorgt auf die Ereignisse – aus Angst, erneut fliehen zu müssen, oder davor, dass traumatische Erinnerungen an den September 2024 wachgerufen werden, als der Krieg gegen den Libanon begann.

Bereits im Vorfeld des Angriffs auf den Iran hatten Israel und die Hisbollah offen ihre Positionen kommuniziert: Die israelische Armee warnte die Hisbollah vor einer Einmischung und drohte mit schwerwiegenden Konsequenzen für den Libanon – inklusive der Infrastruktur, etwa des Flughafens. Die Hisbollah kündigte ihrerseits an, Iran beizustehen, sollte das Ziel des Angriffs ein Regimewechsel sein oder Ali Chamenei getötet werden. Mit der Meldung über die Ermordung Chameneis war klar, dass die Hisbollah vom iranischen Regime zum Eingreifen aufgefordert werden würde – und damit auch, dass ein verheerender Krieg bevorsteht.

In der Nacht auf Montag schoss die Hisbollah folglich drei Raketen auf den Norden Israels ab. Am Morgen um ein Uhr Beiruter Zeit wurden die Befürchtungen Realität: Heftige Angriffe erschütterten verschiedene

Landesteile des Libanons, rissen die Bevölkerung aus dem Schlaf und führten binnen weniger Stunden zu mindestens 30 Toten und Hunderten Verletzten – darunter Mohammad Raad, stellvertretender Generalsekretär und Fraktionsvorsitzender der Hisbollah im libanesischen Parlament. Weitere Funktionäre sollen ebenfalls ums Leben gekommen sein.

Die Menschen sahen sich erneut gezwungen, das Nötigste zusammenzupacken und in Richtung Beirut und in den Norden zu fliehen, um Schutz zu suchen. Viele stehen erneut ohne Unterkunft da und campieren auf den Straßen – mitten im Fastenmonat. Die Szenen erinnern an die schrecklichen Bilder von vor anderthalb Jahren, doch viele Menschen empfinden diesen Krieg als andersartig und als bedrohlicher.

Mit großem Unverständnis wird die Frage diskutiert, welchen strategischen Nutzen der Abschuss von drei Raketen für die Hisbollah im Iran-Israel-Konflikt haben soll, wenn er doch im eigenen Land Chaos verursacht. Viele fragen sich, warum die Organisation die Vereinbarung mit der libanesischen Regierung, sich aus dem Krieg herauszuhalten, gebrochen hat. Die Wut in der Bevölkerung – auch innerhalb der schiitischen Gemeinschaft – ist spürbar. Hinzu kommt, dass die israelischen Militäraktionen offenbar mit den USA abgestimmt wurden. Die amerikanische Administration ist von der libanesischen Regierung und ihrem Umgang mit der Hisbollah enttäuscht. Die Regierung muss handeln; heute fand eine Krisensitzung statt.

Viele Menschen in Beirut gehen davon aus, dass der Krieg nicht nur kurzfristige Luftangriffe umfassen, sondern länger andauern wird. Die Mobilisierung von 100 000 Reservisten der israelischen Armee an der libanesischen Grenze deutet auf eine umfassende militärische Operation hin. Anders als in der Vergangenheit könnte das militärische Ziel diesmal die vollständige Neutralisierung der Hisbollah sein. Die Bevölkerung ist traumatisiert und erschöpft und es fehlt an finanziellen Mitteln und an Unterstützung.

Merin Abbass, FES Beirut

Syrien

Trotz der beispiellosen militärischen Eskalation zwischen Israel und den USA auf der einen und dem Iran auf der anderen Seite ist die Lage in Syrien bisher relativ ruhig – und dies, obwohl Syrien bis Ende 2024 zu

den Ländern gehörte, die am stärksten vom iranischen Einfluss geprägt waren. Vor dem Hintergrund einer öffentlichen Stimmung, die von der Erinnerung an die Rolle des Iran im Syrienkonflikt tief geprägt ist, versucht die Übergangsregierung, die im Dezember 2024 die Macht in Damaskus übernommen hat, die regionale Position des Landes neu zu definieren.

Am 1. März verurteilte das syrische Außenministerium in einer offiziellen Erklärung die iranischen Angriffe auf Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Katar, Kuwait und Jordanien aufs Schärfste und kündigte verstärkte interne Vorsichtsmaßnahmen an. Sowohl der syrische Übergangspräsident als auch der syrische Außenminister führten Telefongespräche mit einigen ihrer Amtskollegen in den betroffenen Ländern.

Sollte der Konflikt länger andauern, könnte Syrien schon aufgrund seiner geografischen Lage ebenfalls zu einem Schauplatz des Kriegsgeschehens werden. Bereits jetzt ist der syrische Luftraum faktisch zu einer Transit- und Gefechtszone geworden, obwohl Syrien selbst kein offizieller Kriegsteilnehmer ist. Für die Zivilbevölkerung entstehen daraus erhebliche Risiken. Im Süden Syriens fielen bereits Trümmer von Drohnen und Raketen vom Himmel, nachdem sie von der israelischen Luftabwehr abgefangen worden waren – bisher wurden allerdings keine Opfer gemeldet.

Aufgrund der amerikanischen Militärstützpunkte in Syrien könnte der Nordosten des Landes auch zum Operationsgebiet der iranischen Vergeltungsschläge werden. Die Auswirkungen beschränken sich jedoch nicht auf militärische Fragen. Auch wirtschaftlich und gesellschaftlich sind erste Folgen sichtbar. Luftraumsperren in der Region betreffen syrische Flugrouten und verstärken internationale Verkehrsprobleme. Für ein Land mit einer ohnehin schwer angeschlagenen Wirtschaft können bereits indirekte Störungen gravierende Konsequenzen haben. Sollte sich die Sicherheitslage weiter verschlechtern und die Unsicherheit wachsen, stiege auch das Risiko neuer Fluchtbewegungen.

Friederike Stolleis, FES Berlin

Ägypten

Die Stimmung ist auch in Ägypten angespannt: Ägypterinnen und Ägypter erinnern sich gut an die vor allem ökonomischen Folgen, die die israelisch-US-amerikanischen Angriffe auf Iran im Juni letzten Jahres

hatten. Die Angst vor höheren Preisen und eingeschränkter Energiezufuhr ist groß. Geringer ist die Sorge, dass der Krieg zu einem regionalen Flächenbrand werden könnte, der dann auch Ägypten erreichen könnte.

Der jüngste Konflikt zeigt erneut die prekäre wirtschaftliche Stabilität Ägyptens. Das Ausmaß der wirtschaftlichen Folgen wird weitgehend davon abhängen, wie lange der Konflikt andauert. Je länger er sich hinzieht, desto größer ist das Risiko einer zunehmenden wirtschaftlichen Belastung – insbesondere eines steigenden Drucks auf die Devisenreserven. Eine weitere Herausforderung ist die nationale Energieversorgung: Israel hat nach der Schließung einiger seiner Gasfelder bereits den Gashahn zugedreht – darunter Leviathan, das größte Feld, das Ägypten mit Gas versorgt.

Der ägyptische Präsident Abdel-Fattah El-Sisi warnte am Sonntag offiziell, dass jede Sperrung der Straße von Hormus den weltweiten Ölfluss stören und die Preise in die Höhe treiben würde, was auch massive Auswirkungen auf die ägyptische Wirtschaft und Einnahmeverluste aus dem Suezkanal zur Folge hätte. Eine weiteres Gefahrenszenario besteht darin, dass die mit Iran verbündeten Huthis im Jemen wiederum das Rote Meer so unsicher machen könnten, dass dann auch die Fahrt durch den Suezkanal unmöglich würde.

Angeblich ist auch Ägypten nicht vorab über die Angriffe informiert worden. Wiederholt hat der ägyptische Außenminister Badr Abdelatty bekräftigt, dass es keine militärischen Lösungen für regionale Krisen geben könne. Ägypten setze auf Diplomatie, Dialog und Deeskalation und biete seine Vermittlungsdienste an. Offensichtlich hat sich die Arabische Republik am Nil damit kein Gehör verschaffen können. Eine deutliche Verurteilung des völkerrechtswidrigen Angriffs auf Iran blieb jedoch aus. Schließlich leisten die USA jährlich über eine Milliarde US-Dollar an Militärhilfe an Ägypten und mit dem israelischen Nachbarn Israel herrscht nicht nur seit über 40 Jahren Frieden, sondern es gibt auch die genannte Energieabhängigkeit.

Ein weiterer Aspekt: Etwa elf Millionen Ägypter leben im Ausland, davon ein großer Teil in den Golfstaaten. Viele Menschen haben Familienmitglieder und Freunde, die in den Golfstaaten arbeiten und nun dort feststecken. Sie machen sich Sorgen um deren Sicherheit; in den Vereinigten Arabischen Emiraten wurden bereits Ägypter durch iranische Missiles und Drohnenangriffe verletzt. Die ägyptische Regierung hat nun eine Task Force eingerichtet, die sich um die Ägypter am Golf kümmern soll.

Almut Wieland-Karimi, FES Kairo

Jemen

Die Situation im Jemen ist bisher ruhig – allerdings kann sich dies schnell ändern. Die Huthis im von ihnen dominierten Norden des Landes sind aktive Mitglieder der vom Iran angeführten „Achse des Widerstands" und haben ihre Solidarität mit dem Iran erklärt sowie zu Massenkundgebungen gegen den Angriff der USA und Israels aufgerufen. Eine militärische Unterstützung Irans – durch Angriffe auf US-Militärbasen in den arabischen Ländern sowie auf den Schiffsverkehr im Roten Meer – wurde angedroht, ist bisher aber noch ausgeblieben. Die Huthis verfügen über ein großes Arsenal an ballistischen Raketen und Drohnen – nicht zuletzt dank Waffenlieferungen aus dem Iran –, mit denen sie Israel und die arabische Halbinsel erreichen können.

Die neue, von Saudi-Arabien unterstützte Regierung, deren Einfluss sich im Wesentlichen auf den Süden des Landes beschränkt, hat derzeit wenig Möglichkeiten, den Huthis Einhalt zu gebieten. Derzeit gibt es keine einheitliche Front der Anti-Huthi-Bewegung im Süden. Nachdem im Dezember 2025 die von den Vereinigten Arabischen Emiraten unterstützte Separatistenbewegung *Southern Transitional Council*, die die Errichtung eines unabhängigen Staates im Südjemen angestrebt hatte, niedergeschlagen wurde, ist die Integration ihrer Kämpfer in die reguläre Armee noch nicht abgeschlossen. Eine Vereinigung des Jemens ist ohne entsprechende politische Schritte unmöglich. Wann die hierzu geplante *Southern Dialogue Conference* stattfinden kann, steht angesichts der aktuellen Entwicklungen jedoch in den Sternen. Aktuell ist davon auszugehen, dass für Saudi-Arabien die eigene nationale Verteidigung und Grenzsicherung im Vordergrund steht. Ohne die Hilfe Saudi-Arabiens bestehen derzeit jedoch nur wenig Aussichten, dass innerhalb des Jemens konkrete Strategien entwickelt werden könnten, den Einfluss der Huthis zu beschränken.

Astrid Becker, FES Jemen



Ralf Melzer
Tel Aviv

Dr. Ralf Melzer leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel. Davor war er u.a. als Leiter des Regionalbüros Dialog Südosteuropa und der FES-Büros in Tunis und München tätig.



Merin Abbass
Beirut

Merin Abbass leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung im Libanon. Zuvor war er Leiter des FES-Büros in Libyen. Er hat Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen in Deutschland und England studiert.



Friederike Stolleis
Berlin

Dr. Friederike Stolleis ist Referentin im Referat Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika der Friedrich-Ebert-Stiftung. Davor leitete sie die Auslandsbüros der Stiftung in Algerien und Syrien. Sie ist Ethnologin und Islamwissenschaftlerin.



Almut Wieland-Karimi
Kairo

Dr. Almut Wieland-Karimi leitet derzeit das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ägypten, war zuvor bereits Leiterin der Landesbüros in den USA, in Kanada und in Afghanistan. Von 2009 bis 2022 war sie Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze.



Astrid Becker
Amman

Astrid Becker leitet das FES-Regionalprojekt für Klima und Energie im Nahen Osten. Außerdem ist sie aktuell für den Jemen zuständig.

-